



Seiten 3-5



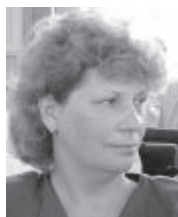
Seite 6



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

Soziales bleibt Schwerpunkt



Neben der Beschäftigung mit Hartz IV stellte die Debatte um die Mehrbelastung des Bezirkshaushaltes durch im Sozialamt gemachte Fehler einen Schwerpunkt in der letzten Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) dar. Bereits im Vorfeld der Sitzung beschäftigte sich der Finanzausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss für

Gesundheit und Soziales sowie dem Wirtschaftsausschuss mit diesem Problem.

Durch leichtsinnige und unkorrekte Arbeitsweise im Sozialamt musste der Bezirk Pankow einen Verlust im Jahre 2002 in Höhe von 4,25 Mio. Euro hinnehmen. Durch sparsame Haushaltsführung anderer Bereiche konnte der Gesamtverlust auf 3,25 Mio. Euro reduziert werden. Es besteht des Weiteren die Gefahr, dass durch selbige unkorrekte Arbeitsweise auch für die Jahre 2003 und 2004 ein Schaden für den Bezirk entstanden ist.

Da lange Zeit nicht erkennbar war, ob dem zuständigen Bezirksstadtrat Johannes Lehmann (SPD) die Tragweite bewusst war und nun auch noch bekannt wurde, dass er vom Steuerausschuss des Bezirkes bereits im November 2003 auf die Situation aufmerksam gemacht wurde, jedoch keine Maßnahmen zur Verhinderung des Verlustes einleitete, beantragte die PDS-Fraktion eine Missbilligung Lehmanns. Diese wurde von allen anwesenden Mitgliedern der BVV mitgetragen. Ein solcher Umgang mit den Finan-

zen des Bezirkes kann nicht geduldet werden.

Mittlerweile liegt auch ein Abwahantrag gegen Stadtrat Lehmann (SPD) vor, über den im November entschieden wird.

Des Weiteren stand der Bezirksbürgermeister Kleinert (PDS) zu Beginn der Sitzung der BVV im September in einer Bürgerfragestunde Rede und Antwort. Er beantwortete außerdem mündliche Anfragen von Bezirksverordneten. So berichtete er, dass sich das Bewerberkarussell um den Ratskeller im Rathaus Pankow wieder gedreht hat. Es gab einen Bewerber, der den Ratskeller als gastronomische Einrichtung betreiben wollte. Leider stellte auch er unerfüllbare Bedingungen: Die Mitarbeiter hätten verpflichtet werden müssen, nur dort zu Mittag zu essen und für die gastronomische Ausgestaltung politischer Veranstaltungen des Bezirkes hätte nur der Betreiber zuständig sein dürfen. Damit wird der Ratskeller wohl weiter als Archiv genutzt.

Monika Templin
Bezirksverordnete



Spielräume nutzen



Seit Monaten ist die Arbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziales der Bezirksverordnetenversammlung eine besondere Herausforderung. Themen mit hoher Brisanz stehen auf der Tagesordnung wie zum Beispiel die Zukunft der Begegnungsstätten für SeniorInnen oder die Projekte freier Träger im Bereich Soziales.

Alle Ausgaben im Bezirk unterliegen drastischen Sparzwängen, insbesondere die sogenannten freiwilligen Aufgaben, zu denen auch die Finanzierung der Begegnungsstätten zählt. Die Politik des Sozialstadtrates Lehmann (SPD) zielt auf Schließung und Privatisierung der Einrichtungen ab. Die PDS-Fraktion hingegen fordert seit Novem-

ber 2003 einen Entwicklungsplan zur Weiterführung von Begegnungsstätten im Bezirk. Bevor diese Konzeption nicht vorliegt und beraten wird, ist es schlicht unverantwortlich aus reinem Geldmangel negative Veränderungen in der sozialen Infrastruktur vorzunehmen.

Von besonderer Bedeutung ist im Weiteren die Umsetzung der Hartz IV-Gesetze in unserem Bezirk. In jeder Ausschusssitzung nehmen wir den Bericht des Sozialstadtrates zur Umsetzung von Hartz IV zur Kenntnis. Etwa 27.000 BürgerInnen des Bezirkes werden zukünftig Arbeitslosengeld II beziehen. Per Bundesgesetz wurden im Zuge von Hartz IV die Kriterien für den Anspruch auf Hilfeleistungen verschärft. So

wird ab 1. Januar 2005 eine große Zahl von Arbeitslosenhilfebeziehern kein Geld mehr bekommen, weil deren Partner verdienen oder ihre Ersparnisse die Höchstgrenze übersteigen. Vor allem Frauen werden davon betroffen sein. Ich befürchte, dass Hartz IV schwerwiegende Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche hat und tiefe Spuren in den Menschen hinterlassen wird.

Im Ausschuss werden wir als PDS-Verordnete deswegen alle Möglichkeiten der Einflussnahme nutzen, um den Betroffenen wenigstens die Chance auf ein kommunales Beschäftigungsprogramm bieten zu können.

Eveline Lämmer
Bezirksverordnete

Hartz in Berlin: Sozial ausgestalten

Die Sozialistin und Hartz IV

Über die Einführung von Hartz IV sprach extraDrei mit Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS):

Heidi, als Sozialsenatorin musst Du Hartz IV umsetzen. Wie geht es Dir als erklärte Hartz-Gegnerin damit? Dieses Gesetz ist schlecht gemacht und lässt soziales Gespür vermissen. Dass ich trotzdem mit viel Engagement daran arbeite, damit es bei der Umsetzung des Gesetzes vor Ort – also in den Bezirken – keine zusätzlichen organisatorischen Probleme gibt, dürfte gerade für eine Sozialistin selbstverständlich sein. Es ist ein Bundesgesetz, das uns in die Pflicht nimmt. Die Betroffenen können wir jedenfalls nicht in Haftung nehmen.

Wie hat der rot-rote Senat bisher die Einführung des neuen Arbeitslosengeld II (ALG II) vorbereitet? Wir haben seit Jahresbeginn in Arbeitsgruppen ressortübergreifend und gemeinsam mit den Bezirken das Notwendige besprochen und auf den Weg gebracht. Das fängt bei Zuständigkeiten an und geht bis hin zu Übergangsregelungen und Notfallplanungen. Dazu gehört auch, dass geklärt wird, wer was bezahlt und welche Mittel künftig den Bezirken in Berlin für Schuldner-, Drogen- und Suchtberatung zur Verfügung stehen. Als Ergebnis dieser gemeinsamen Bemühungen konnten wir als erstes Bundesland eine Rahmenvereinbarung mit der Agentur für Arbeit abschließen. In der Öffentlichkeit müssen wir allerdings immer wieder für die Versäumnisse der Bundesebene den Kopf hinhalten.

Der Rat der Bürgermeister hat gewarnt, dass die Betreuung der ALG-II-Empfänger wegen Software-Mängeln nicht rechtzeitig zum Jahreswechsel erfolgen könne.

Die Software ist tatsächlich nicht pünktlich einsatzbereit. Für die bisherigen Sozialhilfeempfänger kann ich allerdings sagen, dass sie in jedem Fall pünktlich Anfang Januar mindestens ihr bisheriges Einkom-

men als Abschlag erhalten werden. Ähnliches ist inzwischen auch von der Agentur für Arbeit zu hören. Klar ist aber auch: Alle Beteiligten müssen ihren Beitrag für die Umsetzung leisten, sonst bleiben die Schwächsten auf der Strecke.

Kannst Du in der Stadt die Umsetzung von Hartz IV sozialer gestalten als anderswo?

Es gibt Spielräume. Zum Beispiel bei der Definition der Angemessenheit von Wohnraum und damit bei der Übernahme von Miet- und Heizkosten. Das wollen wir so flexibel und unbürokratisch wie möglich regeln. Bei der Ausgestaltung der Beschäftigungsmaßnahmen haben die bezirklichen Job-Center vieles in der Hand. Auch hat das Land die Chance, beispielsweise durch die Aufstockung der Mittel für spezielle Zielgruppen zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen aufzulegen.

Wie schätzt Du die Chancen ein, ALG-II-Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln?

Hartz IV schafft keine Arbeitsplätze und der Arbeitsmarkt in Berlin ist dicht. Dennoch haben wir mit Programmen wie „Hilfe zur Arbeit“ und „Stelle statt Stütze“ für Sozialhilfeempfänger gute Erfahrungen gemacht. Sie wurden von Fallmanagern betreut und gemäß ihrer individuellen Fähigkeiten gefördert. Dieses erfahrene Personal stellen wir nun den Job-Centern zur Verfügung. Die Wirtschaftsverwaltung unter Harald Wolf (PDS) erarbeitet derzeit Vorschläge für kommunale Beschäftigung. Darin fließen unsere Erfahrung mit ein.

Wieviel Mittel stellt Berlin für arbeitsfördernde Maßnahmen bereit?

Es gibt noch keinen Beschluss des Senats über zusätzliche Mittel des Landes. Wir können aber davon ausgehen, dass vom Bund über 624 Mio. Euro für Eingliederungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen bereitgestellt werden. Dazu kommen über 277 Mio. für Personal-



und Verwaltungskosten, also insgesamt über 900 Mio. Euro.

Was wird aus den bisherigen Arbeitsbeschaffungs- (ABM) bzw. den Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)?

Die SAM wird es nicht mehr geben. Aber die ABM werden fortgesetzt. 8.000 Maßnahmen sollen es sein. Darunter gibt es besondere Angebote für ältere Arbeitnehmer. Außerdem sind wir vom Gesetz gehalten, gerade für jüngere Menschen Angebote vorzuhalten. Wir wollen zudem den Fokus auf Alleinerziehende und Migranten richten.

Wo siehst Du die Probleme bei der Einführung der sogenannten Ein- bis Zwei-Euro-Jobs?

Die Ein-Euro-Jobs müssen den Betroffenen Aussichten eröffnen, auf dem Arbeitsmarkt wirklich bessere Chancen zu haben. Sie dürfen nicht das Gefühl haben, nur gegängelt worden zu sein.

Alternativen gibt es im Gesetz kaum, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung darf es nur in Ausnahmefällen geben. Und mit den Ein-Euro-Jobs kommen ähnliche Probleme, wie mit anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten auch: Sie können reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängen.

Interview: Sandra Brunner

Konsultationen zu „Hartz IV“

PDS Berlin Drei bietet Hilfe bei der Antragstellung.

Termin vereinbaren: 44 01 77 80

Stadträtin Christine Keil (PDS) zur Einführung von Hartz IV in Pankow

Keiner will Chaos



Christine Keil (PDS), Jugendstadträtin, findet die Situation unübersichtlich. Hartz IV wurde zwar von Bundesregierung und Bundesrat beschlossen, aber umsetzen müssen es die Kommunen. „Durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe ändern sich auch die Verwaltungsstrukturen.“ Teile der Agentur für Arbeit, des bezirklichen Sozial- und Jugendamts werden in einer Arbeitsgemeinschaft (ArGe) zusammengeschlossen. In Pankow wurde die vorläufige Trägerversammlung der ArGe im September gegründet.

Langfristig gesehen, benötigt Pankow für die Betreuung der Empfänger des neuen Arbeitslosengel-

des II (ALG II) ca. 440 Mitarbeiter. Bereitschaftserklärungen gibt es derzeit von ca. 120 Mitarbeitern des Bezirksamts und 50 Kollegen der Arbeitsagentur. Viele wollen mit „ihren Klienten gehen“, so Keil.

Das Pankower Bezirksamt versucht, die Kollegen ständig auf dem aktuellsten Stand zu halten. Das sei durch das Hü und Hott im Bund nicht einfach, klagt Keil. Die Ausführungsbestimmungen nehmen nur langsam Formen an. Erst ab August konnten Mitarbeiter geschult werden. Auch die Software, mit der die Daten der ALG II-Empfänger bearbeitet werden, wurde dem Bezirk verspätet zur Verfügung gestellt: „Keiner will Chaos. Bezirksamt und

Mitarbeiter ziehen gemeinsam an einem Strang, um für die Betroffenen pünktlich zum Jahresbeginn da zu sein.“

In Pankow werden dies etwa 27.000 Betroffene sein. Anspruchsberechtigt sind in jedem Fall bisherige Sozialhilfeempfänger. Aber viele Empfänger der bisherigen Arbeitslosenhilfe werden nach der Bedarfsprüfung aus dem neuen ALG II herausfallen.

„Hartz IV ist auch ein Armutsprogramm für die bisherige Mittelschicht“, so Keil. Auch ca. 2.000 junge Erwachsene bis 25 Jahre fallen ins ALG II. Ein schwacher Trost ist, so die Stadträtin, dass für diese jungen Leute ein besserer Personalschlüssel vorgesehen sei: Ein Fallmanager soll 75 statt der sonst üblichen 150 Personen betreuen.

Viel Klärungsbedarf gibt es bei den Ein- bis Zwei-Euro-Jobs. Die Abteilungen des Bezirksamtes tragen nunmehr kommunale Handlungsfelder für solche Beschäftigungsmöglichkeiten zusammen. Im Bereich Jugend und Schule sind es zum Beispiel Helfer für Schulhausmeister bzw. Sportplatzwarte.

Welche Arbeitsmarktinstrumente zukünftig angewendet werden, liegt in der Hand der ArGe. Damit kann das Bezirksamt erstmalig entscheiden, für welche Instrumente Geld verwendet wird. Die Mittel sollen für Tätigkeiten und Qualifizierungen eingesetzt werden, die nahe am ersten Arbeitsmarkt sind, um den Wiedereinstieg der Betroffenen zu erleichtern. „Obwohl ich Hartz IV unsozial finde, müssen wir diese Spielräume im Sinne der Betroffenen nutzen“, sagt Jugendstadträtin Christine Keil.

Sandra Brunner



Kopf hoch und nicht die Hände

50.000 Menschen demonstrierten im Oktober in Berlin. Laut Veranstalter waren es mehr, laut Kritiker weniger. Der Zahlenstreit offenbart eines: Eine tief sitzende Angst vor dem, was verächtlich „die Straße“ genannt wird. Als ob das Problem weg sei, wenn Proteste abflauen.

Es bleibt dabei, nicht Arbeitslose, sondern Arbeitslosigkeit muss bekämpft werden. Grundsätzlich und im Detail: Ein Auto sollen ALG-II-Empfänger behalten dürfen, es darf aber nur bis 5.000 Euro wert sein. Keiner muss seine Wohnung wechseln, doch bezahlt wird nur „angemessener“ Wohnraum. Nebenein-

künfte werden angerechnet, auch solche, mit denen ein Ehrenamt Anerkennung findet. Welchen Status hat einer mit einem Ein-Euro-Job? Mit mehr als 15 Wochenstunden gilt er nicht mehr als erwerbslos. Er ist aber auch kein Arbeitnehmer. Er ist rechtlos.

Im Winter kommen die Bescheide zum ALG II. Die Bundesregierung hat vorgebaut. Sie will für Klagen vor den Sozialgerichten, die bislang kostenfrei waren, 75 Euro Gebühren einführen.

Arbeitslosigkeit macht einsam, schneidet vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ab, Arbeits-

losigkeit macht krank. Deshalb werden neue Formen zu den Demonstrationen hinzukommen: Gespräche miteinander, solidarische Hilfe untereinander, selbstbewusste Auseinandersetzung mit Behörden und Politik.

Der Protest war gerecht und erfolgreich. Auch dann, wenn das Gesetz noch nicht zu Fall gebracht wurde. Die Demonstrierenden haben soziale Gerechtigkeit und Achtung vor der Würde eines jeden Menschen zum Thema gemacht. Dieser Stachel sitzt.

Wolfgang Gehrcke
MdL Brandenburg

Brief vom Arbeitsamt

Betroffen

Am Donnerstag ist ein besonders dicker Brief vom Arbeitsamt gekommen – der erwartete Antrag auf das Arbeitslosengeld II. Da ich schon einige Beratungen zum Ausfüllen des Antrages hatte, dürfte dies eigentlich kein Problem sein. Doch bereits auf der ersten Seite schweiften meine Gedanken ab. Werde ich also ab Januar auch eine sein, die sich über einen 1,50 Euro Job freuen darf? In den letzten anderthalb Jahren wurde mir immer wieder gesagt, wie gut qualifiziert ich bin. Auch in diesem Jahr habe ich sechs Monate an einer Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen. Auf meinen Englischabschluss bin ich sogar richtig stolz. Der Widerspruch, der mich an dieser Stelle immer wieder bewegt, ist: Einerseits besteht nun die Möglichkeit, die Betreuung im Bereich von Senioren- und Jugendfreizeiteinrichtungen zu verstärken. Aber andererseits soll die Entlohnung unterhalb jeglicher Tarifgrenzen erfolgen. Ist damit nicht die flächendeckende Unterwanderung aller Tarifverträge vorprogrammiert? Bleibt da nicht die Forderung nach gleichem

Lohn für gleiche Arbeit total auf der Strecke? Was sagen eigentlich die Gewerkschaften dazu, dass es also heute nicht nur den West- und Osttarif in Deutschland gibt, sondern massenweise Vollzeitjobs existieren, die mit einem mageren Taschengeld entlohnt werden. Hinzu kommt die Verschärfung der Zuzuschlagsregeln. Für mich heißt das, wie für Tausende andere auch, dass ich jede Beschäftigung annehmen muss, die nicht sittenwidrig ist.

Doch vielleicht sollte ich erstmal den Antrag ausfüllen und in der Arbeitsagentur abgeben. Erst danach kann ich mit Gewissheit sagen, ob ich mich überhaupt mit diesen Jobs auseinandersetzen muss. Da kommt eine andere Erinnerung hoch. Nach unserem Englisch-Kurs hatte sich die Weiterbildungsgruppe geschworen, dass wir am Abend nach der Prüfung zusammen in einen Irish Pub gehen. Doch nach der Prüfung und nach dem letzten Check für die Tischbestellung zerbröckelte der einheitliche Wille. Ich wollte genau wissen, warum eine mir liebgewordene Kollegin an diesem Abend

nicht teilnehmen will. Unter vier Augen sagte sie mir, dass sie sich weder die vier Euro Fahrkosten und schon gar nicht die Gaststätte leisten kann. Eine Gänsehaut überkam mich. Es geht mir also immer noch so gut, dass ich selbst bestimmen kann, wann und wo ich meine Abende verbringen will. Das Antragspapier knistert unter meiner Hand.

Hat mir nicht vorhin ein guter Freund eine Mail mit einem Stellenangebot geschickt? Bewerbung Nr. 241 könnte die Lösung sein. Den Antrag auf ALG II fülle ich nächste Woche aus. Ganz bestimmt.

Katrin Maillefert
Bezirksverordnete



Hartz IV – Wir haben Alternativen

Die PDS lehnt das Hartz IV-Gesetz ab. Aber wir bleiben nicht beim Protest stehen. Mit unserer Agenda sozial haben wir einen Vorschlag unterbreitet, mit dem Massenarbeitslosigkeit bekämpft und die sozialen Sicherungssysteme umgebaut werden können. Damit wollen wir die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse so verändern, dass soziale Gerechtigkeit gelebte Wirklichkeit wird.

Leistungskürzungen, erhöhter Druck auf Arbeitslose und Statistikbereinigungen gehen an den Ursachen der Arbeitslosigkeit vorbei. Arbeitszeitverkürzung hingegen bietet die Grundlage für eine gerechtere Verteilung der noch vorhandenen Erwerbsarbeit.

Lohndumping ist nicht nur ein individuelles, sondern auch ein volkswirtschaftliches Problem. Gerade in Ostdeutschland werden zunehmend Löhne unterhalb des Existenzminimums gezahlt. Deswegen setzen wir uns für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ein.

Wir schlagen eine solidarische Bürgerversicherung vor, in die alle einzahlen – auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige. Damit wollen wir absichern, dass alle Kranken entsprechend ihres Bedarfs versorgt werden, nicht jedoch nach ihrem Einkommen. Wir wollen eine solidarische Rentenversicherung einschließlich einer Mindestrente. Mit der Wertschöpfungsabgabe wollen wir Unternehmen mit vie-

len Beschäftigten entlasten und diejenigen, die menschliche Arbeit wegrationalisiert haben, belasten.

Mit der Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung in Höhe von derzeit rund 750 Euro kann Armut in Deutschland verhindert werden. Sie ist eine klare Alternative zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe. Die Grundsicherung soll die beitrags- und umlagefinanzierten Sozialsysteme ergänzen. Soziale Grundsicherung verstehen wir als steuerfinanzierte und bedarfsorientierte Leistung, auf die ein individueller Rechtsanspruch besteht.

Katina Schubert
PDS-Parteivorstand

2. Tagung der 3. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei

Strategie beraten



Im September kam die Hauptversammlung der PDS zu ihrer 2. Tagung zusammen. Der Bezirksvorstand legte der Tagung eine umfassende Analyse zu den Ergebnissen der Europawahlen vor. Trotz des guten Gesamtergebnisses der PDS mit 6,1 Prozent sind die Ergebnisse in Pankow differenziert zu bewerten. Alle Parteien – außer Bündnis 90/Die Grünen und FDP – haben Stimmen verloren. Bei den PDS-Ergebnissen zeichnet sich ein Nord-Süd-Gefälle ab: In zentrumsnahen Gebieten gab es die höchsten Stimmenverluste. Dort fand in den vergangenen Jahren auch ein signifikanter Bevölkerungswechsel statt. Andreas Bossmann, Bezirkswahlleiter, konnte für die Wahlkampfleitung unserer Bezirksorganisation insgesamt gute Noten verteilen. Künftige Wahlkämpfe sollten durch differenzierte Formen und Methoden die verschiedenen Bevölkerungsgruppen unseres Bezirks gezielter ansprechen. Teilweise kontrovers wurde die Erkennbarkeit unserer Partei, die eigenen politisch-inhaltlichen Defizite und die mangelnde Konzentration auf wesentliche Schwerpunkte diskutiert.

In Auswertung der bisher zurückgelegten Etappen der Parteireform – Annahme eines modernen Parteiprogramms und die guten Wahlergebnisse am 13. Juni – diskutierte die Hauptversammlung die strategischen Herausforderungen der PDS in Pankow für die nächsten zwei Jahre. Eckpunkte sind die Weiterführung der Strategiedebatte der PDS, eine stärkere politische Profilbildung des PDS-Landesverbandes und der Bezirksorganisation, ein differenziertes öffentliches Agieren auf den gravierenden Bevölkerungswechsel, die Entwicklung einer bürgerorientierten Öffentlichkeitsarbeit und Stabilisierung der Mitgliederentwicklung. Damit sind wichti-

ge politische Grundlagen für die Parteiarbeit bis 2006 gelegt. Der Bezirksvorstand und die BVV-Fraktion legten der Hauptversammlung Ende Oktober in Untersetzung der bezirklichen Strategie ein kommunalpolitisches Programm vor.

Mit großer Mehrheit wurden die Delegierten zum Bundesparteitag gewählt: Sandra Brunner, Christine Keil, Heidi Knake-Werner, Marion Seelig, Andreas Bossmann, Gert Cramer und Klaus Lederer. Auf dem Bundesparteitag stehen die Thesen des Parteivorstandes zur Gesamtstrategie der Partei im Mittelpunkt der Beratung.

Uwe Melzer

Mitglied des Bezirksvorstandes



Veränderung mit der PDS



Der Arbeitsausschuss Parteireform – ein Gremium des 8. Parteitages – hatte in Vorbereitung des 9. Parteitages der PDS ein Leitbild erarbeitet. Dieses Material war den Genossen des Ortsverbandes Weißensee Anlaß, gemeinsam mit der Referatsleiterin im Parteivorstand, Genossin Claudia Gohde, aktuelle Probleme und Zielstellungen der Parteireform zu diskutieren. Geht es dabei doch um die Erhaltung und Erhöhung der Politikfähigkeit der PDS und somit auch um das Wirken und die Veränderung von eigenen Verhaltensweisen.

Arbeitsgrundlage der Parteireform ist das Parteiprogramm, insbeson-

dere sein Abschnitt IV „Veränderungen mit der PDS – Selbstverständnis der PDS“. Genossin Gohde erläuterte die acht Schwerpunkte des Antrags, der folgende Aspekte umfasst: Mitgliederentwicklung, Kommunikation, Offenheit und Bürgernähe, Aktionsfähigkeit, Personalentwicklung, Willensbildung und Leitungstätigkeit, Finanzen und Strukturreform.

Unsere Diskussion wurde sehr schnell konkret. Auf einer Skala, jeweils von eins bis zehn, hatten wir unsere eigene Wirksamkeit und Zielsetzung einzuschätzen. Erfreulich für uns, dass die anwesenden Genossen eine recht hohe Wertung

für Kommunikation und Struktur vergaben. Jedoch in den Bereichen, die sich zum Beispiel mit der Gewinnung neuer Mitglieder, der Mitarbeit in sozialen Bewegungen, der Präsenz bei außerparlamentarischen Aktionen sowie der Personalauswahl und -entwicklung befassen, sehen die Genossen noch viele ungelöste Probleme und Notwendigkeiten zur Veränderung.

Das Leitbild zur Parteireform benennt anregend und konstruktiv Wege und Ziele zur Erhöhung der Politikfähigkeit der PDS. Auch jeder von uns ist gefordert, seinen Beitrag zu leisten.

Renate Tepper

Vorgestellt

Kulturverein Prenzlauer Berg

Wer über keine Detailkenntnisse verfügt, vermutet nicht, dass der Kulturverein Prenzlauer Berg e.V. ein beachtliches Unternehmen darstellt. Noch im letzten Jahr der DDR vom Magistrat gegründet, hat der Verein im Verlaufe der Jahre mehr als nur Laufen gelernt.

130 Mitarbeiter hat der Verein heute, davon etwa ein Drittel ABM-Kräfte. Die Vereinsangebote sind vielseitig. So gibt es Seniorenbegegnungsstätten in der Grellstraße und der Paul-Robeson-Straße, das offene Haus „Sonne 69“ in der Sonnenburger Straße. Das Betreute Wohnen in der Kollwitzstraße bietet Schwangeren und Alleinerziehenden eine umfassende Hilfe zur Selbsthilfe. Auch die Kitas „Dreikäsehoch“ und „Freche Früchtchen“ haben mit über 94 bzw. 60 Betreuungsplätzen ihre festen Stammplätze in den angebotenen

Dienstleistungen. Das Café Multi-Kulti mit seinem vielseitigen Programm im Interkulturellen Haus in der Schönfließer Straße ist eine gefragte Anlaufstelle für Menschen unterschiedlichster Herkunft. Des Weiteren bietet der Kulturverein für diverse Hobby-Gruppen – Numismatik, Philatelie und Keramik – die Möglichkeit, sich zu treffen.

Ein großes Projekt des Kulturvereins ist die Sanierung der Martin-Luther-King-Schule in der Danziger Straße für 1,2 Mio. Euro. Das einstige Lehrerwohnhaus und spätere Kindertagesstätte steht seit 14 Jahren leer und verfiel. In der Vergangenheit hatten weder Senat noch die Finanzsenatoren ein Interesse an der Sanierung. Doch der Kulturverein ließ nicht locker. So können sich Eveline Lämmer, die Geschäftsführerin des Vereins, und ihre Mitstreiter freuen. Ende nächs-

ten Jahres wird das Haus nach enormen baulichen Veränderungen fertig gestellt sein. Mit fünf Etagen wird sich eine weitere kreative Kulturstätte im Großbezirk präsentieren können. Bleibt zu hoffen, dass dem Verein auch weiterhin viel Förderung zugute kommt, denn für Hilfesuchende ist der Verein unverzichtbar. *Horst Sakrzewski*



Alltag

Veränderung bei der PDS

Ende August legte Marion Rissmann ihr Mandat für die BVV aus persönlichen Gründen nieder. An ihrer Stelle rückte Rosemarie Fischer nach.

Humannplatz neu gestaltet

Ende September wurde der Spielplatz Humannplatz der Öffentlichkeit wieder übergeben. Im Frühjahr 2004 startete die Campina Mark Brandenburg die Spielplatzinitiative „Unser Platz zum Spielen“. Im Rahmen dieser Initiative, die vom Berliner Senat, vom Deutschen Kinderhilfswerk und von Elterninitiativen unterstützt wird, werden in Berlin und Brandenburg öffentliche Spielplätze saniert.

„Alter Schlachthof“

Mit einer symbolischen Baumpflanzung wurde Mitte September durch die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, den Bezirksbürgermeister von Pan-

kow, Burkhard Kleinert, und den Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft Eldenaer Straße, Manfred Nicolovius, der Startschuss für den Bau des zentralen 4 Hektar großen Blankensteinparks im Entwicklungsbereich „Alter Schlachthof“ gegeben. Die Kosten werden 1,3 Mio. Euro betragen. Ende November 2005 soll der Park der Öffentlichkeit übergeben werden.

Photovoltaikanlagen

Die ersten Mietverträge über eine Nutzung von Dachflächen auf Pankower Schulen zur Gewinnung von Solarstrom unterzeichneten Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) und der Geschäftsführer der Firma Kreuzberger & Spengler, Bernd Spengler Anfang Oktober. Auf insgesamt neun Schuldächern im Bezirk sollen auf 23.000 Quadratmetern Photovoltaikanlagen installiert und der Strom direkt in das Netz der BEWAG

eingespeist werden. Die Mietverträge mit einer Mindestlaufzeit von 20 Jahren sehen eine Rückvergütung an den Bezirk vor. Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) schätzt die jährlichen Einnahmen für den Bezirk auf über 10.000 Euro. Die Nutzung regenerativer Energien kommt damit einen großen Schritt voran.

Mieterprotest

Mit Demonstrationen und Mahnwachen wenden sich die Mieterinitiative „Grüne Vielfalt“ und verschiedene Umweltverbände gegen weitere Baumfällungen in der Carl-Legien-Siedlung. Nachdem die Verhandlungen mit dem Vermieter BauBeCon zum Erhalt des Grün vorerst gescheitert sind, finden in den nächsten Wochen jeweils dienstags und sonntags Protestaktionen in der Siedlung statt. Vertreter der Initiative betonen ihre Bereitschaft, mit der BauBeCon gemeinsam nach einem Kompromiss zu suchen.



Das Letzte

Niemand hat die Absicht, ...

... hat schon mal einer gesagt. Doch im August 1961 war es dann soweit und der größte Schwarzbau aller Zeiten teilte plötzlich Berlin. 28 Jahre später gingen emsige Mauerspechte ans Werk und brachten Einigkeit und Recht und Freiheit. Aber die Freude darüber währte nur kurz. Heute finden die Wessis die Ossis einfach zum Kotzen. Ist ja



auch unerhört, dass wir Ossis die schönen Fördergelder verprassen, nicht mal Danke sagen können und ständig nur am rumjammern sind. Strafe muss sein, sagen sich da die bösen Onkels aus den Westsektoren und beschließen klammheimlich den Wiederaufbau der hochgeklappten Autobahn. Schließlich geht's ums Geld, das Überleben des wahren Deutschlands und den guten Ruf in der Welt. Da stören die Schmuttelverwandten nur. Um eine Rechtfertigung für den neuen Schutzwall ist man auch nicht verlegen.

Oberonkel Gerhard spricht vom Mitnahmeeffekt und Präsidenten-Horst gibt die Parole aus, dass die Unterschiede in den Lebensverhältnissen sowieso bestehen bleiben sollen. Und schon sieht selbst der liberalste Schuldirektor aus Charlottenburg ein, dass man eine Mauer um die raffgierigen Ossis herum

errichten muss. Die können dann in ihrer von Arbeitsplätzen befreiten Zone vermodern. Einfach Klasse, sagt sich da die Wilmersdorfer Witwe. Die Idee vom Spitzbart wird einfach kopiert, freilich mit einem anderen Ziel – damals Flüchtlingsstopp, heute Subventionsstopp. Und damit es nicht gleich jedem linken Spitzel aus Marzahn auffällt, wird mit dem Bau am „Checkpoint Charlie“ angefangen, getarnt als Touristenattraktion.

Nie wieder Kuhdamm, nie wieder Hertha, nie wieder Wannsee? Für Jahrzehnte nur noch Westfernsehen und vielleicht zu Weihnachten mal 'ne Tüte Bohnenkaffee.

Nein bloß nicht, sagt sich da der brave Ossi und wird auf der Stelle artig, genügsam und auf ewig dankbar. Aber haben uns die Brüder und Schwestern deswegen gleich wieder lieb?

Ossi-Bossi

WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|--|---|---|
| 29. Oktober
15 Uhr AK „Kleingartenwesen“ im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 18. November
18 Uhr Basistag zum Diskussionspapier der PDS Berlin „Verwaltungsstruktur“ mit Peter-Rudolf Zotl, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
18.30 Uhr AG Schule, im PDS-Fraktionszimmer (Haus 7), Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 8. Dezember
15 Uhr Weihnachtsfeier mit einer Buchlesung von Gisela Steineckert im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
17.30 Uhr 27. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), im Tagungssaal der BVV, Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 3. November
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee zur Auswertung des Bundesparteitags mit Gert Cramer im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 20. November
11 Uhr Skatrunde im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 9. Dezember
17 Uhr Günter Herlt liest: „Lach dich gesund“ im Kieztreff Pistoriusstraße 24 |
| 4. November
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 1. Dezember
17.30 Uhr Treffen des Ortsverbandes Weißensee im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 10. Dezember
15 Uhr AK „Kleingartenwesen“ im Kieztreff Pistoriusstraße 24 |
| 9. November
Kranzniederlegungen aus Anlaß des Jahrestags der Reichspogromnacht auf den Jüdischen Friedhöfen | 2. Dezember
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 16. Dezember
18 Uhr Basistag im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76
18.30 Uhr AG Schule, im PDS-Fraktionszimmer (Haus 7), Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 10. November
17.30 Uhr 27. Tagung der BVV im Tagungssaal Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 5. Dezember
17 Uhr AG Stadtentwicklung, im PDS-Fraktionszimmer (Haus 7), Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 18. Dezember
11 Uhr Skatrunde im Kieztreff Pistoriusstraße 24 |
| 15. November
19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | | |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19. Oktober 2004
Druck: double express Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.